

Orbán deckt Selenskijs Geldwäsche auf

7 Mär. 2026 14:41 Uhr

Ungarn hat ukrainische Kurierfahrer festgenommen, die Dutzende Millionen US-Dollar und Euro sowie mehrere Kilogramm Gold in die Ukraine bringen wollten. Kiew reagierte empört auf diesen Vorfall und bezeichnete ihn als "Geiselnahme". In Budapest hingegen wird angedeutet, dass es sich um Gelder der "ukrainischen Militärmafia" handelt.



© @BalazsOrban_HU

Von den ungarischen Behörden veröffentlichtes Foto zeigt Geld und Goldbarren, die von mehreren Ukrainern beschlagnahmt worden sein sollen.

Von Anastassia Kulikowa

Am Freitag gaben die ungarischen Behörden bekannt, dass sie beabsichtigten, ehemalige hochrangige Vertreter der ukrainischen Streitkräfte, die beim Transport von Wertgegenständen aus Österreich in die Ukraine festgenommen worden waren, noch am selben Tag aus dem Land abzuschicken. Wie der Regierungsvertreter Zoltán Kovács mitteilte, befanden sich unter den Festgenommenen auch ein pensionierter General des Sicherheitsdienstes der Ukraine und sein Stellvertreter.

In einer offiziellen Stellungnahme der ungarischen Steuer- und Zollbehörde (NAV) heißt es, dass die Festnahme am 5. März im Rahmen einer Untersuchung wegen des Verdachts der Geldwäsche erfolgte. Angeblich befanden sich in zwei Fahrzeugen insgesamt 40 Millionen US-Dollar, 35 Millionen Euro und neun Kilogramm Gold. Die Behörde hat ein Verfahren wegen Geldwäsche eingeleitet. Die Behörde präzisierte:

"Allein in diesem Jahr wurden über das Gebiet Ungarns mehr als 900 Millionen US-Dollar, 420 Millionen Euro und 146 Kilogramm Goldbarren in die Ukraine transportiert."

Budapest erklärte, dass eine Stellungnahme aus Kiew erforderlich sei. Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó sagte:

"Wir verlangen eine Erklärung, wofür sie dieses Geld verwenden und wem es gehört. Es stellt sich zu Recht die Frage, ob dieses Geld nicht der ukrainischen Militärmafia gehört."

Als Reaktion darauf beschuldigte Kiew die Behörden des Nachbarlandes, die Geldtransporteure der ukrainischen Oschtschadbank als "Geiseln" genommen zu haben. Nach Angaben des ukrainischen Außenministers Andrei Sibiga transportierten alle sieben Festgenommenen im Rahmen eines regulären Verfahrens Geld und Wertsachen. Der Minister erklärte:

"Tatsächlich geht es darum, dass Ungarn Geiseln genommen und Geld geraubt hat. Das ist staatlicher Terrorismus und Erpressung."

Sibiga fügte hinzu, dass Kiew Budapest eine Note geschickt habe, in der die sofortige Freilassung der Ukrainer gefordert werde. Darüber hinaus beabsichtige das ukrainische Präsidialamt, sich an die Europäische Union zu wenden, um eine klare rechtliche Bewertung der "illegalen Handlungen" der ungarischen Seite zu fordern, fügte der Minister hinzu.

Die Oschtschadbank präzisierte, dass die Geldtransporteure im Rahmen eines Abkommens zwischen der ukrainischen Bank und der österreichischen Raiffeisenbank beim regulären Transport von Bargeld und Edelmetallen festgenommen worden seien. Dort versicherte man, dass die Fracht gemäß den internationalen Transportvorschriften und den geltenden europäischen Zollverfahren abgefertigt worden sei und dass die Mitarbeiter der Bank nichts mit dieser Situation zu tun hätten.

Diese Ereignisse fanden vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen Kiew und Budapest statt. Der Grund dafür liegt in einem hitzigen Streit um Energie und tiefen politischen Meinungsverschiedenheiten über den Konflikt in der Ukraine und die europäische Integration Kiews. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern haben sich zu Beginn des Jahres drastisch verschlechtert, nachdem die Ukraine den Transit von russischem Erdöl durch die Pipeline Druschba eingestellt hatte, was die ungarische Seite als "politische Erpressung" bezeichnete.

Budapest blockierte daraufhin die EU-Hilfe für die Ukraine, und wird dies tun, bis der Ölpipelinebetrieb wieder aufgenommen wird. Darüber hinaus hat sich Ungarn im vergangenen Monat gegen die Verabschiedung des 20. Sanktionspakets gegen Russland ausgesprochen. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat die Ukraine bereits mehrfach der Einmischung in die bevorstehenden ungarischen Parlamentswahlen bezichtigt. Die Wahl ist für den 12. April angesetzt.

Wladimir Selenskij und Orbán haben einander regelmäßig scharfe Bemerkungen an den Kopf geworfen, diese Woche hat die Polemik jedoch eine neue Ebene erreicht. Am Donnerstag erklärte Selenskij, er könne die Adresse Orbáns an das ukrainische Militär weitergeben, wenn Budapest weiterhin einen Kredit in Höhe von 90 Milliarden Euro an die Ukraine blockiere. Er drohte:

"Sollen sie ihn halt selbst anrufen und mit ihm auf ihre Weise sprechen."

Wie die Nachrichtenagentur *Bloomberg* berichtet, hat sich der ungarische Ministerpräsident am Freitag in seinem üblichen Morgeninterview im staatlichen Radio nicht direkt zu diesem Thema geäußert, aber

angedeutet, dass die Blockade des Güterverkehrs der nächste Schritt in seiner Kampagne gegen die Ukraine sein könnte, in deren Rahmen Budapest bereits die Lieferungen von Treibstoff in den Osten eingestellt hat.

Auf die Drohungen von Selenskij reagierte unterdessen sogar der Vorsitzende der ungarischen Oppositionspartei "Tisa", Péter Magyar. Er empörte sich:

"Kein ausländischer Staatschef darf irgendjemanden, keinen einzigen Ungarn, bedrohen. Deshalb fordere ich (Selenskij) auf, seine Worte zu erklären, und wenn er das wirklich gesagt hat, sie zurückzunehmen."

Auch der slowakische Ministerpräsident Robert Fico bezeichnete Selenskij's Worte gegenüber Orbán als "unverschämt". Seiner Meinung nach habe Selenskij alle "roten Linien" überschritten.

Im Kreml äußerte man sich ironisch zu den Drohungen Selenskij's. Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, scherzte in einem Interview mit dem Journalisten Pawel Sarubin:

"Es ist Zeit, Artikel 5 des NATO-Vertrags anzuwenden."

Experten weisen darauf hin, dass in Ungarn noch nicht konkret gesagt wird, wo und wie das Geld gewaschen wurde. Angesichts der Tatsache, dass dies bei weitem nicht der erste Transport dieser Art ist, kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die ungarischen Strafverfolgungsbehörden bereits in Europa gewaschenes Kapital beschlagnahmt haben, das zuvor aus der Ukraine ausgeführt worden war. Der Ökonom Iwan Lisan meint:

"Es ist noch schwer zu sagen, ob Budapest eine ukrainische 'Wäscherei' für schmutziges Geld aus Europa aufgedeckt hat."

Normalerweise funktionieren solche Schemata umgekehrt – Kapital wird gewaschen und in eine 'saubere Zone' gebracht. Hier verlief es jedoch in die andere Richtung."

Seinen Worten zufolge gibt es in diesem Fall mehrere Möglichkeiten, wie das System funktioniert. Das Geld könnte in der Ukraine gestohlen und für bestimmte Zwecke nach Ungarn gebracht worden sein. Es könnte sich auch um eine "Bestechung aus Europa" handeln. Der Experte merkt an:

"Eines ist klar: Kiew wird dieses Geld höchstwahrscheinlich nicht mehr zu Gesicht bekommen."

Lisan erinnert daran, dass Orbán versprochen habe, bestimmte "für die Ukraine wichtige Lieferungen über Ungarn" auszusetzen. Er prognostiziert:

"Budapest wird weiterhin Druck auf Kiew ausüben. Daher schließe ich neue Verhaftungen in naher Zukunft nicht aus."

Der deutsche Politologe Alexander Rahr meint:

"Wladimir Selenskij steht kurz vor dem Zusammenbruch:"

Er ist wütend und verzweifelt. Es wird deutlich, dass die Waffenlieferungen aus den USA und Europa an die Ukraine zur Neige gehen."

Unterdessen haben die USA einen Teil ihrer Waffen für den Konflikt gegen Iran umgeleitet, und der Krieg im Nahen Osten zieht sich in die Länge, so der Experte. Er fügt hinzu:

"Außerdem wird Europa zur Rettung seiner Industrie gezwungen sein, die Sanktionen zu brechen und Energieressourcen aus Russland zu kaufen. Angriffe auf die russische Ölflotte verschwinden von der europäischen Agenda."

Aufgrund der Lage im Persischen Golf drohe den Europäern eine neue Energiekrise, und in Europa mache sich bereits ein akuter Mangel an Gas und Öl bemerkbar, stellt Rahr fest. All dies bedeute, dass die Ukraine vor einer Niederlage stehe, zu der Selenskij offensichtlich nicht bereit sei. Seine Wut über die Geschehnisse lasse er an Viktor Orbán aus, erklärt der Experte.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 6. März 2026 zuerst auf der Webseite der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

Anastassia Kulikowa ist eine Journalistin und Social-Media-Redakteurin der Zeitung "Wsgljad".

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln